

Inhaltsverzeichnis

<u>Erste Phase</u>	<u>2-8</u>
1. Teil	2-3
2. Teil –	4-5
3. Teil -	6-8
<u>Zweite Phase</u>	<u>9-12</u>
4. Teil - Ist die Digitalisierung eine Chance für die Demokratie?	9-12
<u>Literatur-und Abbildungsverzeichnis</u>	<u>13</u>

Teil 1 - Unterrichtsstunden vom 12.09.2016 bis zum 27.09.2016

Die Bundestagswahl 2017 ist nun gut eine Woche her, bewirkt bei mir aber immer noch Kopfschütteln, sobald ich daran denke. Der Wahlausgang war zwar ein Stück weit vorhersehbar, aber wirkt schlussendlich doch so unvorstellbar, wie der Ausgang der Präsidentschaftswahl in den US und des Brexit-Referendums in Großbritannien im vorherigen Jahr. Es waren verständlicherweise weniger die Verluste der Union und SPD, sondern vielmehr das starke Plus der AfD, das mich so erschreckte. Die äußerst rechte Partei schaffte es nicht nur in den Bundestag, sondern ist nun mit 12,6 % und 94 (!) Sitzen auch drittstärkste Kraft.

Die rechtsorientierte AfD war mir schon bekannt, bevor wir die Parteien mit ihren Wahlprogrammen im GGk-Unterricht durchnahmen. Schließlich hört man auch des Öfteren von AfD-Mitgliedern die mit rechtsextremistischen/ausländerfeindlichen Äußerungen Aufsehen erregen. Da ich selbst dieses Jahr noch nicht wählen durfte, hab ich mich nicht detaillierter über die Parteien informiert, sondern eher oberflächlich. Ich hab mich viel innerhalb meiner Familie und mit einigen Freunden über die Parteien unterhalten und auch Wahlsendungen mit meinen Eltern angeschaut. Als meine Gruppe dann im Unterricht aber die AfD gezogen hat, mit der Aufgabe das Parteiprogramm mit einem Wahlplakat vorzustellen, war ich trotz des Vorwissens doch ein wenig schockiert über deren politische Pläne. Wie kann man Bitteschön unterstützen, dass das Pariser Klimaabkommen, eins der wichtigsten Abkommen unserer Zeit, wie ich denke, gekündigt werden sollte? Die AfD wurde zu etwa 60% von Protestwählern, also Wählern die mit den anderen Parteien bzw. der vorherigen Regierung, der Groko, nicht zufrieden waren/sind, gewählt, was natürlich rechtmäßig ist. Viele von denen wollten damit ein Zeichen setzen, wach rütteln, damit sich etwas ändert. Dennoch finde ich, dass sich selbst diese Protestwähler bewusst sein sollten, für wen sie da stimmen.

Die Ergebnisse unsere Klassenzimmerwahl, ähnelte dem Ausgang der Bundestagswahl zwar, hätte der AfD aber glücklicherweise den Einzug in den Bundestag nicht ermöglicht. Die Grünen waren mit 23,1% ziemlich erfolgreich bei unserer Wahl, was natürlich zum einen daran liegen könnte, dass Freiburg eine der umweltfreundlichsten Städte Deutschlands ist und auch Baden-Württemberg eine Grün-Schwarze-Landesregierung hat, aber ich denk, dass es auch an unserm Alter und Bildungsstand liegt. Wir sehen Umweltschutz womöglich als viel wichtigeres Ziel in der Politik an, weil wir uns einerseits viel im Unterricht, in den unterschiedlichsten Fächern, verstärkt mit dem Thema befassen und weil es andererseits auch ein Stück weit um unsere Zukunft geht.

Auch in der Demokratie soll die Zukunft in der Hand der Bürger des Landes liegen, denn diese Staatsform steht dafür, dass die Gewalt vom Volk ausgehen soll. Diese Macht die jedem Einzelnen von uns damit gegeben wird, sollte in Wahlen, wie eben der Bundestagswahl, genutzt werden. Die Bedeutung einer einzelnen Stimme scheint vielen vielleicht gering; man denkt, man könne damit nichts bewirken. Aber doch, es bewirkt etwas: Man bringt sich aktiv in die Demokratie ein, unterstützt eine Partei, die die eigene Meinung vertritt und kann somit auch seine Wünsche und Meinung vertreten. Wünscht man sich mehr Klimaschutz wählt man vielleicht die Grünen, ist man der Meinung, dass es mehr soziale Gerechtigkeit geben muss, tendiert man wohl zu einer der linksorientierten Parteien. Ich denke, dass jeder die Partei finden wird, die ihm am meisten zusagt. Dazu ist es aber auch notwendig sich über die Wahlprogramme der Parteien zu informieren. Diese Mühe sollte man sich machen und man sollte es eigentlich auch nicht als Mühe ansehen, denn es gibt schließlich auch Länder in denen es keine demokratischen Wahlen gibt. Wir sollten es schätzen, dass bei uns die demokratischen Wahlgrundsätze: allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim gelten und geachtet werden und jeder seine politische Meinung äußern kann.

Wahlen sind unerlässlich für einen Demokratie, denn sie geben dem Volk die Macht die Politik im Land zu gestalten und mitzubestimmen. Ich persönlich freue mich auf die Bundestagswahl 2021 und alle kommenden Landes- und Kommunalwahlen dazwischen, denn ich denke, dass ich der der Bedeutung meiner Stimme bewusst bin. Ich hätte am liebsten schon dieses Jahr gewählt.

Teil 2 – Wählen ab 16?

„Die haben doch keine Ahnung von Politik!“, „Die sind noch nicht reif genug.“ und „Die würden sich gar keine Gedanken machen, wo sie ihr Kreuz setzten.“, sind Sätze, die man

oftmals zuhören bekommt, wenn man Erwachsene danach fragt, ob sie die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre unterstützen würden. Ich bin 17 Jahre alt und frage mich: stimmen diese Behauptungen? Ist es gerechtfertigt, uns das Vertrauen, die Wahl ernst zu nehmen, nicht zu geben?

Mit 15 bis 16 Jahren machen sich viele Jugendliche Gedanken über ihre Zukunft, denn der Abschluss ist bereits oder zumindest bald in der Tasche (ausgenommen sind hier die Gymnasiasten). Geht es danach auf eine weiterführende Schule, ins Ausland oder in die Ausbildung? Der Ernst des Lebens beginnt für sie. Wichtige, verantwortungsvolle Entscheidungen werden getroffen. Warum sollten 16- und 17-Jährige dann also nicht wählen dürfen? Ich denke, dass die meisten Jugendliche viel verantwortungsbewusster und eigenständiger sind, als einige Erwachsene vielleicht denken. Natürlich gibt es immer welche, die aus der Reihe fallen, aber deshalb muss man nicht eine ganze Gruppe direkt als leichtsinnig und verantwortungslos abstempeln, zumal es auch verantwortungslose Erwachsene gibt.

Diejenigen, die eine Ausbildung begonnen haben, verdienen außerdem schon ihr eigenes Geld, was gleichzeitig mit der Pflicht, Steuern zahlen zu müssen, einhergeht. Wer Steuern zahlt, sollte auch das Recht haben, entscheiden zu dürfen, wofür Steuergelder eingesetzt werden sollen. Selbstverständlich ist nicht jeder bereits Steuerzahler, aber es gibt auch andere politische Themen, die 16 und 17-Jährige mehr betreffen als andere Altersgruppen und dadurch auch Interesse bei diesen wecken könnten. Allen voran steht natürlich die Bildung. Jugendliche sind logischerweise ziemlich nah an diesem Thema dran, da sie selbst noch zur Schule gehen oder diese erst vor Kurzem beendet haben. Sie wissen eher, was vielleicht besser laufen muss in unserem Schulsystem, wo es hakt und was beibehalten werden muss. Mit dem Wahlrecht könnten sie etwas verändern, für sich selbst als Schüler und für zukünftige Schüler. Auch zukunftsorientierte Themen, wie der Umweltschutz oder die Digitalisierung betreffen die Jugend mehr als beispielsweise Rentner. Schließlich geht es um ihre Zukunft. Die Rentner sind im Grunde genommen im hinteren Drittel ihres Lebens angekommen und interessieren sich somit häufig weniger dafür, was in 20 Jahren einmal wichtig sein wird. Für sie sind verständlicherweise zeitnähere Entwicklungen und Probleme entscheidend. Die heute 16 und 17-Jährigen leben so gesehen noch viel länger in diesem Land, dürfen aber nicht mitentscheiden, wenn es um ihre Zukunft oder weitreichende politische Entscheidung geht. Der demografische Wandel im Allgemeinen fordert gar ein Gegengewicht an jungen Wählerstimmen, da das Gewicht der Stimmen von älteren Menschen immer größer wird.

Natürlich haben aber auch nicht alle Jugendliche mit der Herabsetzung des Wahlalters auf einmal mehr politisches Interesse. Das neu gewonnene Wahlrecht könnte natürlich Interesse wecken und zu Recherchen führen. Für die Schulen bedeutet das aber auch, Schüler früher an das Thema Politik heranzuführen zu müssen. Parteien und ihre Wahlprogramme sollten vor den Wahlen im Unterricht behandelt werden, sodass selbst die vermeintlich Uninteressierten eine Vorstellung von den Plänen der Parteien bekommen können. Unsere Klasse hat sich auch vor der Bundestagswahl mit den Parteien beschäftigt, was ich selbst als hilfreich empfand. Ich konnte mir so klar machen, welche Parteien für mich in Frage kommen würden und welche eben nicht. Von meinen neu gewonnen Erkenntnissen und dem Interesse an der Wahl konnte ich mit meinen 17 Jahren bei der Bundestagswahl 2017 insofern aber noch keinen Gebrauch machen, schließlich ist das Wählen ab 16 noch nicht real.

Auch während des Unterrichts bin ich nicht von meiner Meinung, dass das Wahlalter abgesenkt werden sollte, abgekommen, obwohl doch viele aus der Klasse dagegen stimmten, was mich ein wenig überrascht hat. Trotzdem war es interessant die Gegenargumente der meiner Mitschüler zu hören, die ich auch nachvollziehen konnte, mich aber nicht voll überzeugten. Ich halte daran fest, dass Wählen ab 16 sinnvoll ist und durchgesetzt werden sollte.

Schlussendlich sollte auch bedacht werden, dass, auch wenn Jugendliche nicht das politische Detailwissen und viel Lebenserfahrung haben, sie trotzdem eine Meinung haben, die respektiert werden sollte.

Teil 3 – Welche Voraussetzungen müssen für eine Demokratie gegeben sein?

Deutschland ist eine Demokratie, das scheint ganz selbstverständlich für jeden von uns. Doch so selbstverständliche ist eine Demokratie nicht. Nur 19 Länder werden beispielsweise im Demokratieindex, der im Jahr 2016 von der Zeitschrift „The Economist“ veröffentlicht wurde, als vollständige Demokratie gezählt. Der Index misst den Grad der Demokratie in

167 Ländern. Je nach errechneter Punktzahl wird das politische System in einem Land einem der vier Typen, Vollständige Demokratien, unvollständige Demokratien, Hybridregime (Mischformen von Autokratie und Demokratie) und autoritäre Regime, zugeordnet. Erschreckenderweise leben demnach 32,7% der Weltbevölkerung in einem Land mit einem autoritären Regime. 57 Länder werden als unvollständige Demokratie angesehen (44,8 % der Weltbevölkerung). Das demokratischste Land ist Norwegen, Deutschland ist auf Platz 13 zu finden.¹ Natürlich ist es schwer die Demokratie in einem Land zu messen, deshalb gibt es auch unterschiedliche Demokratiemessungen, die jeweils unterschiedliche Messmethoden und Maßstäbe nutzen. Neben dem Demokratieindex, den ich hier benutze, da er mir bereits bekannt war, gibt es noch den Polity-Index, ACLP, Freedom-House-Index, den Index der Demokratisierung und den Demokratiebarometer.³ Sie alle versuchen das gleiche: den Grad der Demokratie messen. Was sich als nicht so einfach herausstellt.

Was sind also die Voraussetzungen für eine Demokratie bzw. was lässt eine Demokratie funktionsfähig werden? Dies wird ab Seite 48 unter der Überschrift „Erfolgs- und Risikofaktoren für Demokratien“ in der Zeitschrift „Informationen zur politischen Bildung – Demokratie“ thematisiert. „Prognosen über den Erfolg von Demokratisierungsprozessen“, lassen sich nicht immer erstellen, da nicht immer direkt ein demokratisches System entsteht, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Es wird aber davon ausgegangen, dass vier Bedingungen in Abhängigkeit voneinander eine funktionsfähige Demokratie fördern. Als erstes wird als Bedingung die „internationale Lage für die Demokratie“(S.48 Z.21)² angeführt. Die internationalen Partner können entweder die Demokratie fördern, hemmen „oder gar zu deren Abschaffung beitragen“(S.48 Z.25)². Das kann z.B. durch Interventionen militärischer Art, wie sie oft von den USA zu sehen waren/sind, geschehen oder durch die „außenpolitische Abhängigkeit“ eines Landes. In der BRD haben die USA und Großbritannien durch ihr Eingreifen beispielweise „die Wiederbegründung der Demokratie wesentlich gefördert“. (S.49 Z.22f)²

Desweiteren darf in einem Land nicht, wie im Wilden Westen etwa „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ gelten. „Demokratien beruhen auf Recht und Gesetz.“(S.49 Z.47)² Wichtig ist es deshalb, dass die Polizei und das Militär kontrolliert werden und nicht über unbegrenzte Macht verfügen. Polizisten dürfen z.B. nicht einfach so physische Gewalt bei einem Einsatz anwenden, sondern nur unter ganz bestimmten Umständen. Die freie politische Willensbildung und der Entscheidungsprozess dürfen in keinem Fall gefährdet oder ausgeschaltet werden.

Dritte Bedingung ist, dass die Macht nicht konzentriert sein darf, sondern so weit wie möglich auf viele Träger verteilt sein sollte. In der Politik gibt es hierfür beispielweise die drei Gewalten: Judikative, Legislative und Exekutive. Sie sollen unabhängig und strikt voneinander getrennt sein und sich gegenseitig kontrollieren(vgl. S.51 Z.11ff)². Die Medien erhalten oftmals den Titel „vierte Gewalt“, denn sie können Diskussionen zu bestimmten politischen Themen entfachen und die Politiker auch beeinflussen, indem sie Informationen über sie verbreiten, die den jeweiligen Politiker in ein schlechtes Licht bringen könnten. Medien können und sollen auch die politische Meinung der Menschen beeinflussen, wie wir in der letzten GGk-Stunde besprochen haben. Da die Medien heute derart im Leben der Bürger eingegliedert sind, denke ich dass sie mittlerweile einen noch größeren Stellenwert erreicht haben, als vor einigen Jahren, als es Internet und die Soziale Medien noch nicht gab. Sie sollten ihre Macht aber auch verantwortungsvoll nutzen, indem sie Menschen politisch bilden, aufklären und nicht gegen bestimmte Volksgruppen Stimmung machen bzw. irgendwelche unberechtigten Ängste in den Menschen wecken. Heinrich Bölls Werk „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“, zeigt, finde ich ganz gut, welche erschreckende Macht Medien haben können und wie sie Menschen beeinflussen können. Seit ich das Buch gelesen habe, bin ich stets besonders vorsichtig, wenn ich Boulevardzeitungen aufschlage. Klar sind solche Zeitungen auch zur Unterhaltung und nicht unbedingt zur Recherche gedacht und sind nicht wirklich seriös, trotzdem „informieren“ sich einige Deutsche dort. Da die Boulevardpresse viel darauf setzt, Emotionen zu wecken, können sich diese Berichte dann positiv oder negativ auf die Meinungsbildung auswirken.

Letzte Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Gesellschaft ist „eine aktive Bürgerschaft, die mit ihren vielfältigen Gemeinschaften (...) wie Parteien, Vereinen und Bürgerinitiativen Bürgersinn und damit eine demokratische politische Kultur (ausbildet).“(S.52 Z.4ff)² Es muss eine Verbindung zwischen dem Staat und den Bürgern hergestellt werden. Zu diesem Punkt passen auch die beiden Unterrichtsstunden der letzten Woche, die von politischer Beteiligung und Aufgaben von Parteien handelten. Wichtige politische Teilhaberechte, wie Meinungs-, Informationsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind im Grundgesetz verankert. Sie sorgen dafür, dass sich Bürger aktiv politisch beteiligen können.

Teil 4 – Ist die Digitalisierung eine Chance für die Demokratie?

Eine Demokratie lebt durch die politische Beteiligung. „Partizipation an der Herrschaft“, wie sich auch unsere Unterrichtseinheit nennt. Politische Beteiligung beginnt mit dem Gang zur Urne. Die Wahlen sind entscheidendes Merkmal der Demokratie. Aber auch die Mitgliedschaft in einer Partei, das Organisieren von Protesten und Demonstrationen sowie die Teilnahme an jenen, wie auch das Teilnehmen an Bürgerinitiativen sind eine Art der politischen Beteiligung. Damit die Bürgerbeteiligung stattfinden kann, muss aber auch ein gewisses Interesse an der Politik vorliegen und eine freie Meinungs- und Willensbildung vorausgehen.

Wie in der Statistik (rechts), die die Wahlbeteiligung der Deutschen bei Bundestagswahlen im Zeitraum von 1949 bis 2013 darstellt, zu sehen ist, sinkt die Wahlbeteiligung seit 1998 tendenziell. Der niedrigste Stand ist 2009 zu verzeichnen. Dort lag die Wahlbeteiligung bei gerade einmal 70,8%. Über $\frac{1}{4}$ der deutschen Wahlbeteiligten sind somit nicht zur Wahl gegangen.



Auch wenn die Beteiligung bei der darauffolgenden Bundestagswahl 2013 ein wenig anstieg und 2017 sogar bei 76,2 %¹ lag, wäre eine Wahlbeteiligung, die nahe der 90% liegt, wie etwa in den Jahren 1972, 1976 und 1983 natürlich wünschenswert. Höhere Wahlbeteiligungen signalisieren auch ein höheres Interesse an dem politischen Geschehen in einem Land.

Da stellt sich die Frage, wie kann man die Bürger wieder mehr für Politik interessieren und eine Brücke zwischen dem Staat und den Bürgern herstellen? Die Digitalisierung wird hier von vielen als Chance gesehen. Aber gibt es auch Gefahren?

Mittlerweile hat so gut wie jeder einen Internetzugang und nutzt das Internet auch regelmäßig. Das Internet bietet somit ganz neue Möglichkeiten für die politische Meinungs- und Willensbildung, da jeder erreicht werden kann. Besonders die Informationsbeschaffung ist vereinfacht. Alle Informationen und Hintergrunddaten zu gewünschten Themen sind zugänglich und können schnell beschaffen werden. Informationen zu Parteien, Abgeordneten

und aktuellen politischen Themen können somit ganz einfach von jedem abgerufen werden. Die unterschiedlichen Quellen bieten dem Bürger damit die Möglichkeit sich seine eigene Meinung zu bilden, indem unterschiedliche Meinungen und Argumente zu einem Thema verglichen werden können. So hofft man auf die „Aufhebung aller Grenzen und sozialer Beschränkungen der Partizipation.“ (S.65 Z.19f)² Denn jeder hat theoretisch die Chance sich zu bilden, zu informieren, mitzudiskutieren – sich zu beteiligen.

Auch die Parteien und Politiker haben bereits ihre eigenen Webseiten und Accounts in den sozialen Netzwerken, darunter Facebook, Instagram oder Twitter. So können sie mehr Menschen erreichen, vor allem auch die jüngere Generation. Die SPD hat z.B. 335 000 Follower bei Twitter zu vermelden. Die Plattform wird unter anderem dafür genutzt über aktuelle politische Themen Stellung zu nehmen und somit auch zu zeigen, für was die Partei steht. Aktuell lädt die SPD gerade zu einer Fragerunde mit der SPD-Politikerin Katarina Barley ein. „Am 03.11. heißt es per Facebook Live #FragKatarina. Ihr könnt mir ab jetzt Eure Fragen unter #FragKatarina stellen. Ich freu mich auf Euch!“³, heißt es bei Twitter. In den Wochen davor wurden die Follower nach Ideen zur Erneuerung der SPD gefragt. Über die sozialen Netzwerke wird also versucht, die Menschen in ihrem alltäglichen Leben zu erreichen, sie zu informieren und sie mitreden zu lassen. Damit kann mehr Nähe zu den Bürgern und dem Staat, beziehungsweise der Politik, aufgebaut werden. Nähe, die Einigen womöglich fehlt.

Während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2017 viel mir zudem auf, wie unterschiedliche Werbekampagnen in den sozialen Netzwerken, z.B. auf Instagram unter dem Hashtag #meinxoxo oder #machdeinkreuz, zum Wählengehen aufriefen. Auch Parteien, wie die FDP nutzen die Netzwerke für ihre Wahlwerbung.

„Digitale soziale Netzwerke bieten zudem die Chance zur schnellen und effizienten Aktivierung und Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürger sowie zur Organisation von Kampagnen.“(S.66 Z.39ff)² Interessierte und Gleichgesinnte können viel schneller gefunden und auch mobilisiert werden.

Auch das E-Government soll Vorteile für die Bürger bringen. Der Gang zu den Behörden soll unter anderem erleichtert werden. „Steuererklärungen lassen sich schon elektronisch abgeben, Ausweise über das Internet beantragen, Auskünfte digital einholen.“(S.66 Z.56ff)²

E-Voting, also elektronische Wahlverfahren, könnten ebenfalls den Wahlvorgang erleichtern und vielleicht sogar die Wahlbeteiligung erhöhen. Doch hier ist auch enorme Vorsicht

geboten. Noch gibt es zu viele Sicherheitslücken, die Hackerangriffe und Manipulationen ermöglichen. Sicherheitslücken darf es bei so einem wichtigen demokratischen Element, wie dem Wahlvorgang, nicht geben. Die Wahl muss allgemein, unmittelbar, gleich und vor allem geheim und frei sein.

Auch die sozialen Medien und das Internet im Allgemeinen bringen nicht nur Vorteile und Chancen mit sich. Sie werden missbraucht um meist anonym gegen bestimmte Gruppen oder Personen zu hetzen und Hass zu verbreiten. Sogenannte „Fake News“, „in den Medien und im Internet (...) in manipulativer Absicht verbreitete Falschmeldungen“⁴, werden oft dafür genutzt.



Die Karikatur behandelt dieses Thema. Es ist ein Geist, der aus einem Computerbildschirm hervorkommt, zu sehen. Er schüttet den Inhalt einer Flasche, auf der „Fake News“ steht, über einen Trichter in den Kopf des Mannes, der vor dem Computerbildschirm sitzt. Die Flasche ist als Gift gekennzeichnet. Was der Karikaturist damit zeigen will ist: „Fake News“ sind Gift, denn sie manipulieren die Meinung der Menschen, indem sie unberechtigte Ängste wecken und Hass schüren.

Leider sind diese „Fake News“ auch nicht immer sofort als solche zu identifizieren und verbreiten sich schnell. Es ist deshalb wichtig sich zu fragen, ob es Gründe und Quellen für eine Behauptung gibt. Das Problem ist nur, dass viele die Behauptungen einfach hinnehmen und sich diese Fragen gar nicht erst stellen. So kann der politische Meinungsbildungsprozess, der auf objektiven und begründeten Berichten beruhen sollte, beeinflusst werden. Menschen neigen nämlich auch dazu sich von Gefühlen leiten zu lassen. Gerade „Fake News“ zielen, wie ich denke, darauf ab bestimmte Gefühle zu wecken. Die Leser sollen sich beispielsweise bedroht oder ungerecht behandelt fühlen. Im Englischunterricht haben wir T.C. Boyles Roman „The Tortilla Curtain“ gelesen. Dort wurde das Thema „Fake News“, das doch ziemlich aktuell ist, zwar nicht behandelt, jedoch etwas Ähnliches. Es wurden Vorurteile gegenüber Ausländern bzw. Mexikanern thematisiert. Auch unbegründete Ängste und eine Ausländerfeindlichkeit, die auf diesen und den Vorurteilen gründet, wurden behandelt. Der

Protagonist, ein US-Bürger, der sich anfangs selbst als liberal bezeichnet, fühlt sich letztlich bedroht von den Mexikanern, lässt alle seinen liberalen Werte hinter sich und wird zum Rassisten. Diese Charakterveränderung entwickelte sich durch unterschiedliche Vorfälle und Behauptungen seiner Freunde, die teilweise auch absichtlich so gewählt wurden, um die Mexikaner in ein schlechtes Licht zu rücken. Daraus resultiert ein immer größerer Hass auf die Mexikaner. Das Buch zeigt gut, welche Kraft, das Gefühl von Bedrohung und Hass haben kann. Sicherheit ist schließlich ein essentielles menschliches Bedürfnis.

Die Informationsbeschaffung, wenn man einmal von den „Fake News“ absieht, kann sich auch als schwierig herausstellen. Es ist nicht immer einfach, passende und seriöse Seiten im Internet zu finden. Und nicht alles ist wahr bzw. wissenschaftlich begründet, was man im Internet liest. Dessen sind sich jedoch nicht alle bewusst. Außerdem ist nicht jeder „zu jeder Zeit willens und in der Lage, sich an Prozessen der politischen Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen. (...) Überdies hat nicht jeder/jede Zugang zum Internet und ist fähig oder bereit, dieses in gleichem Umfang zu nutzen.“(S.65 Z.52ff)

Alles in allem bietet die Digitalisierung einige Chancen für eine demokratische Kultur. Sie könnte für mehr Interesse an der Politik sorgen. Gerade die Informationsbeschaffung ist durch das Internet um einiges erleichtert. Ich bin mit dem Internet als eine Art Bibliothek aufgewachsen und kann es mir nicht vorstellen, wie anstrengend und auch teuer es gewesen sein muss, als man Informationen nur aus dem Fernsehen, der Zeitung oder Sachbüchern erhalten konnte. Auch die Präsenz der Parteien und Politiker in den sozialen Medien ist von Vorteil.

Jedoch kann die Masse an Informationen aus dem Internet auch überfordernd wirken und wie schon erwähnt, ist es nicht immer leicht seriöse Seiten zu finden. Auch die „Fake News“ stellen eine enorme Gefahr für die politische Meinungsbildung dar. Außerdem steigt nicht unbedingt das Interesse an der Politik nur durch die Möglichkeit der Nutzung des Internets. Man muss letztendlich auch gewillt sein, sich über politische Themen zu informieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Literatur und Abbildungsverzeichnis

Deckblatt

<https://martin-schwanholz.de/content/402302.php> (gesehen am 24.10.17)

Teil 3

1: <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratieindex> (gesehen am 24.10.17)

2: Information zur politischen Bildung – Demokratie: Erfolgs- und Risikofaktoren für Demokratien - Was eine Demokratie funktionsfähig werden lässt, S.48-53

3: <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratiemessung> (gesehen am 03.11.17)

Teil 4

1: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/> (gesehen am 1.11.17)

2: Information zur politischen Bildung – Demokratie: Digitale Demokratie, S.65-67

3: <https://twitter.com/spdde?lang=de> (gesehen am 02.11.17)

4: https://www.duden.de/rechtschreibung/Fake_News (gesehen am 02.11.17)

Abbildungen

https://skynetblog.de/wp-content/uploads/2016/07/statistic_id2274_wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-in-deutschland-seit-1949.png (gesehen am 02.11.17)

<http://www.ln-online.de/Nachrichten/Politik/Politik-im-Rest-der-Welt/Cyber-Fake-News-Entscheidet-das-Netz-die-Wahl-2017> (gesehen am 02.11.17)